

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

**Anzeigenpreis** für die einsp. Zeile und deren Raum 20 St., für Orts- u. kleine Anzeigen, Anschlag und Familie betr. 25 St. Die Zeitung für die auswärtigen Abonnenten kann monatlich oder vierteljährlich bestellt werden. — Für Anzeigen in den Anzeigenblätter und für den Anschlag in den Anzeigenblätter. — Für den Anschlag in den Anzeigenblätter. — Für den Anschlag in den Anzeigenblätter.

## Zeitung für Stadt u.



## Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 57.

Mittwoch, den 19. März 1919.

159. Jahrgang.

### Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

- Abgabe von Deuschmitteln im März.
- Belegung der Bodenfestmessen.
- Ueberräumung der Fleischschau an den Tierarzt Dr. Schwarz in Markranditz.
- Verleihung der Trübsinnchenabzeichen Großschena und Döhl zu einem Trübsinnchenabzeichen.

### Tageschronik

- Die praktischen Wirkungen des Lebensmittelabkommens.
- Das Schiffsahrtsabkommen.
- Die deutschen Schiffe bleiben deutsches Eigentum.
- Wilson gegen den Diktatfrieden.
- Die polnische Grenze.
- Schmadelles Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen.
- Kein neuer Generalstreik in Mitteldeutschland.
- Abrechnung mit den Unabhängigen.

### Die Lebensmittel für Deutschland.

#### Ankünfte in Holland.

Wie wir bereits gestern unter „Letzte Depeschen“ berichten konnten, ist ein Teil der Lebensmittel, die nach den Brüsseler Vereinbarungen sofort an Deutschland geliefert werden sollen, bereits in Rotterdam angeliefert worden. Im „Nieuwe Courant“ wird die Frage erörtern, ob die Lebensmittelvorräte der Niederlande groß genug sind, um die Alliierten in der Lebensmittelversorgung Deutschlands zu unterstützen. Wenn Holland Lebensmittel einbringen könnte, solle man sie sofort zur Verfügung stellen, um damit das Existenzminimum der Alliierten zu gewährleisten, da es noch größere Interesse als die Alliierten daran habe, daß der Bolschewismus, vom Hunger unterjocht, nicht weiter um sich greife. Wieder eine neue Ueberzeugung! Während man bisher annahmte, daß wir unsere Schiffe über den Ocean schicken müßten, um drüben die Lebensmittel an Bord zu nehmen, die die Entente für uns aussandert, hat, erzählt man sich, daß diese Lebensmittel gar nicht erst über den Ocean gebracht zu werden brauchen, sondern zum größten Teil schon in Rotterdam liegen, wo sie für die Alliierten eben so gut wie an Bord der Schiffe nach Deutschland gebracht werden können. Wozu bei solcher Sachlage dann aber das Schiffsahrtsabkommen?

#### Auch Kartoffeln werden geliefert.

Aus London wird gemeldet: Der englische Lebensmittelkontrollrat Roberts teilte bei seiner Rückkehr nach London mit, daß Maßnahmen getroffen würden, unter der Aufsicht der Wirtschaftsbüro 100.000 Tonnen Kartoffeln über Rotterdam nach Deutschland zu liefern. Auch werde man Speck und sonstige tierische Milch nach Deutschland ausführen.

#### Wilson läßt sich berichten.

Die Londoner Blätter melden, Wilson habe den Generalen der amerikanischen Rheinarmee den Auftrag gegeben, ihm unverzüglich eingehende Berichte über die Lebensmittellage im besetzten und unbesetzten Gebiete Deutschlands einzuschicken.

#### Das Schiffsahrtsabkommen.

Ueber den Inhalt des neuen Schiffsahrtsabkommens mit der Entente erhobten wir: Die deutschen Delegierten eruchten, für die Zwecke der Außenpolitik und Einzeljahre aus Schweden die Grenzen für die vorläufige Freigabe von Schiffsraum von 1000 auf 2500 Tonnen zu erhöhen. Man kam schließlich überein, daß die Freigabe von Schiffen bis zu 2500 Tonnen in der Zwischenzeit in der Schwede bleibt, d. h. bis zur Wirkung der deutschen Forderungen durch die interalliierten Sachverständigen. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, alle ihre Energie darauf zu konzentrieren, Schiffe von erhöhter Tragfähigkeit zu bauen und vom Stapel gehen zu lassen. Die Alliierten bestehen nicht auf der Freigabe von Landampfern. Für die Bedürfnisse der deutschen Ostfront wird eine Anzahl von

Schiffen freigegeben. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Frage der Besatzung der deutschen Schiffe. Die feindlichen Vertreter betonen, es könne gar keine Rede davon sein, daß bei der ersten Umfassung der britischen und französischen Häfen durch deutsche Mannschaften diese beibehalten würden. Die deutschen Mannschaften würden auf Kosten der Alliierten, aber auf Kosten der Deutschen, zu stellen hätte, in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Dagegen wäre die Frage der deutschen Besatzung der Schiffe für eine nochmalige, sehr ernste Erwägung reif, wenn Deutschland seine eigenen Schiffe mit Kohle versorgen könnte, so daß sie die transatlantische Fahrt machen könnten, ohne in England oder Frankreich zu bunkern. Dagegen werden wahrscheinlich die deutschen Besatzungen von Schiffen, die in entfernten neutralen Häfen liegen, z. B. in Südamerika oder in Hollandischen Häfen, beibehalten werden.

Die deutsche Regierung verpllichtet sich, sofort folgende Dampfer auszulassen: „Jeppe“, „Brig Friedrich Wilhelm“, „Graf Weddese“, „Patria“, „Kap Prinz Terze“, „Prätoria“, „Cleveland“, „Reiserin Augusta Viktoria“. Eine Diskussion entspann sich auch darüber, ob die auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffe unter das Abkommen fallen und ausgeliefert werden sollen, oder im deutschen Besitz bleiben. Die Deutschen vertreten natürlich den Standpunkt, daß diese Schiffe nicht unter das Abkommen fallen. Die feindlichen Delegierten werden darüber ihren Regierungen berichten.

Die deutschen Schiffe bleiben deutsches Eigentum. Im Verlauf seiner Mitteilungen an die alliierten Pressevertreter hat sich von über das Schicksal der deutschen Handelsflotte erklärt, daß diese nur zur Befriedigung der interalliierten Ernährungs-Kommission gestellt ist, aber nicht in den Besitz der Alliierten übergehen werde.

Die „New York Times“ erfahren, daß von den 122 deutschen Schiffen, die in Argentinien und Chile interniert sind, der größte Teil für die Rohstoff- und Nahrungsmitteletransporte nach Europa verwendet werden soll. Die Alliierten treten zu diesem Zweck demnach mit den argentinischen und chilenischen Vertretern in Paris in Unterhandlungen.

### Die praktischen Wirkungen.

Ueber die praktischen Wirkungen des zwischen Deutschland und der Entente geschlossenen Lebensmittelabkommens auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft kann eine sichere Ueberblick im Augenblick noch nicht gegeben werden. Garantiert hat die Entente nur die erste Sendung von 270.000 Zentner Getreide sowie Sendungen an Konzentrat und kandierte Milch. Die Quantitäten zu werden, selbst wenn die 270.000 Tonnen Getreide in Deutschland angeliefert sind, die gleichen bleiben wie bisher, denn ohne diese garantierte Getreidezufuhr hätten unsere Produktionen zweifellos schon in nächster Zeit heruntergebrochen werden müssen. Für die weiteren Sendungen ist uns keine Garantie geliefert, sondern nur das Einfuhrrecht erteilt, wenn wir zu bezahlen in der Lage sind. Galt es uns, diese Voraussetzung zu erfüllen, dann wird sich später allerdings unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett günstiger gestalten. Man wird aber zu tun, sich vorläufig vor übertriebenem Optimismus zu hüten.

### Die Parfriedens-Konferenz.

#### Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente?

Nach in Berlin vorliegenden Telegrammen aus Paris meldet „Somme Libre“, daß die Alliierten am 13. März die Anerkennung der jetzigen deutschen Regierung beschlossen haben.

In maßgebender amtlicher Stelle in Berlin ist bis jetzt von der Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente nichts bekannt.

#### Wilson gegen den Diktatfrieden.

Nach einer Meldung der „Luzerner „Stampa“ aus Paris hat Wilson auf der Pariser Konferenz energig Einspruch gegen eine Vergewaltigung Deutschlands erhoben. Er erklärte, nicht zugeben zu können, daß Deutschland Bedingungen auferlegt werden, die einen solchen Wideraufschwung seiner Produktionsfähigkeit unmöglich machen.

Die „Times“ melden aus Newyork: Nach seiner Abreise sprach Wilson die Hoffnung aus, daß Präsident Wilson mit der Delegation am 15. Mai in Amerika wieder eintreffen werde. Er hoffe, daß sobald das gewaltige Werk eines ge-

### Bauern- und Landarbeiterräte.

In verchiedenen Tageszeitungen las man Ende Februar, daß sich bestimmte Mitglieder der Reichsregierung, u. a. Herr Scheibmann, dahin geäußert haben, daß das Räte-System in dem Verwaltungsapparat in irgend einer Form zu veranlassen ist. Nur hierdurch lassen sich Kenntnisse mit den vertriebenen Räten, wie sie immer wieder vorkommen, vereinbaren. Geht es denn, daß dieser Gedanke unter den Mitgliedern der Reichsregierung Raum gewinnt und vielleicht noch von dem demnach zu erwartenden preussischen Regierung unterstützt wird, so sehen wir eines Morgens vor vollendeten Tatsachen und man hat uns ein Geiselt hat, das nur denen zugute kommt, die rechtlich auf dem Plan waren — nämlich den Reichlern in den Städten und den Soldaten. Andere Vorteile, die infolge ihrer Eignung weniger als Bedürfnis nach einem „Räte“ haben, mögen ja gern von vornherein auf das Geiselt verzichten. Die Bauern und Landarbeiter müssen aber, wenn sie nicht wollen, daß ihnen von Außenherin vorgezeichnet wird, wie sie sich in ihrer Wirtschaft zu betätigen haben, sofort daran gehen, überall da, wo noch keine Bauern- und Landarbeiterräte gebildet sind, diese zu schaffen, um im gegebenen Augenblick mit einer lädenlosen Produktion beschaffen zu können.

Ueber die Notwendigkeit der Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten gibt am besten der Erlass des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 16. Januar 1919, A II 13.624, Auskunft. Zunächst bringt dieser Erlass zum Ausdruck, daß die Bildung der Bauern- und Landarbeiterräte, soweit es nicht schon geschehen, dringend erwünscht und mit höchster Beschleunigung durchzuführen ist. In einigen Bundesländern sind bereits Bauern- und Landarbeiterräte gebildet worden. Ihre Tätigkeit ist jedoch nicht lediglich auf wirtschaftliche Gebiete und sie werden hier auch derartig in Anspruch genommen, daß sie Zeit für politische Betätigung kaum finden werden.

Die Bauern- und Landarbeiterräte sind den Behörden gegenüber selbständig und unabhängig, so daß ihre Tätigkeit auf den ihnen zugewiesenen Gebieten an sich selbständig stattfinden nicht gebunden ist. Jedoch haben sie bis zu ihrem Aufkommen durch behördliche Anordnungen getroffen werden können, zu enthalten.

Die Behörden sind bemüht, die Anträge der Bauern- und Landarbeiterräte auf das notwendigste zu prüfen und weitestgehende Unterstützung anzuwenden zu lassen. Insbesondere werden die Behörden vor dem Erlass von Anordnungen über die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten zu prüfen, ob die Interessen der Bauern- und Landarbeiterräte nicht durch die Anordnungen der Behörden und Landarbeiterräte verletzt werden.

Überall da, wo die A- und B-Räte infolge Unkenntnis der Aufgaben der Bauern- und Landarbeiterräte ihre Einführung unmöglich gemacht haben, muß nunmehr nachdem ihnen bereits erwidert ist, vorausgesetzt, daß die mit B-Räten am dem letzten Lande, die über ihre eigenen Rechte und Pflichten mehr oder weniger richtig beraten sind, nicht bismäßig die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten zu fördern werden.

Die politische Gemeinde, also der Gemeindevorsteher, hat das größte Interesse daran, daß in seiner Gemeinde ein Bauern- und Landarbeiterrat gebildet wird, der ihm in wirtschaftlichen Fragen wertvolle Rat erteilt. Seine Rechte als Vorsteher der Gemeinde werden hierdurch nicht berührt. Neben diesem persönlichen Interesse steht aber auch die Pflicht, denn in dem Erlasse des Reichsernährungsamtes vom 22. November 1918 sind die Vorbereitungen zu den Wahlen, sowie die Leitung des Wahlortes selbst den Gemeindevorständen übertragen. Demzufolge dürfte heute in Preußen keine Gemeinde mehr ohne diese wirtschaftliche Interessenvertretung sein. Leider ist dies aber nicht der Fall.

Fordert deshalb die Bauern- und Landarbeiterräte und alle, die ihr in ihrem Hauptberufe vornehmlich im Interesse der Landwirtschaft tätig sind, von Euren Gemeindevorständen die sofortige Verbeauftragung der Wahlen zu einem Bauern- und Landarbeiterrat, damit bereitwillig wird, daß Euch eines Tages Nichts schadet als Wirtschaftsrat vorsetzt werden.

Die bereits bestehenden Kreis- und Bezirksbauern- und Landarbeiterräte werden den Gemeinden gern beratend zur Seite stehen.

rechten (1), selbstlosen (1) Friedens, der die Wirtschaft erweckt (2) Dauer in sich tragt, vollendet werden wird. Man wird diese Stimmungen nach ihrem wahren Wert allmählich zu würdigen wissen.

### „Eine deutsche Zukunft.“

Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus Paris: Die französische Öffentlichkeit wendet ihr volles Interesse den im Laufe des März eintreffenden deutschen Delegierten zu. Die Presse bezeichnet die eintreffenden 200 Mitglieder der deutschen Abordnung als eine deutsche Anba-



flon und spricht die Hoffnung aus, daß die Nachrich-  
ten unter den Persönlichkeiten auch der früheren deutsche  
Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff, befinden, und daß  
Wann fürstlich seine guten Beziehungen zu den Amerikanern und  
seinen ehemaligen Mitarbeitern.

### Das Kalibabkommen.

In Rotterdam ist nach telegraphischer Meldung gestern das  
Abkommen über die Lieferung von Kali nach  
England abgeschlossen worden. Es ist nicht aus-  
geschlossen, daß es noch zu weiteren Abkommen zur Liefer-  
ung von Nitraten nach Amerika kommt. England  
nimmt 30 000 Tonnen ab, deren Betrag der deutschen Regierung  
angerechnet wird, um auf die Bezahlung der Lebensmittel  
angerechnet zu werden. 10 000 Tonnen gehen über Hamburg  
und Bremen, 20 000 über Rotterdam.

### Die polnische Grenze.

Wie der „Tamp“ berichtet, hat die Konvention-Kommission  
zur Prüfung der polnischen Ansprüche die polnische Grenze wie  
folgt gezogen: Die vorgeschlagene Linie beginnt an der Mündung  
einige Kilometer von der kleinen Stadt Pleszka entfernt. Sie  
umfließt einen kleinen pomeranischen Geleitsfluß mit polnischer  
Bevölkerung, sie fließt dagegen die Bezirke von Buczow und  
Schlodau und Deutsch-Krone bei Deutschland, ob-  
wohl die beiden letzten Bezirke zum historischen Polen gehören.  
Sie umfließt dann Kaula, Schredemühl, läßt aber die  
polnischen Bezirke Scherwin und Mieseritz, die eine Ein-  
büdung in die Provinz Brandenburg bilden, bei Deutschland.  
Vierbach, Lissa und Kroschin werden zu Polen  
gehören. Einige Zweifel bestehen noch über die Grenze in  
Schlesien. Ueber das Schicksal von Groß-Wartenberg  
und Wamslau in Mittelschlesien ist noch nichts bestimmt,  
dagegen soll ganz Oberschlesien mit der Eisenbahn von Ratibor  
nach Döberitz zu Polen gehören. Die scheidende Grenze wird  
bei Ratibor errichtet.

### Unterzeichnung des Friedens gegen Osnern?

Ein Pariser Blatt glaubt, daß die Alliierten im April den  
deutschen Bevollmächtigten ihre Beschlüsse mitteilen können.  
Die Verhandlungen werden in Versailles stattfinden, wo gegen  
Osnern das Friedensabkommen unterzeichnet werden würde.

### Entente-Ministerium an Rußland?

„Daily Telegraph“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren  
haben, daß eine inoffizielle Kommission von Finanzministern der  
Entente nach Moskau unterwegs ist, um eine Einigung mit  
Rußland zu erzielen und wirtschaftliche Zugeständnisse zu  
erlangen. Wahrscheinlich wird, so heißt es in der „Daily Tele-  
graph“-Meldung weiter, die Sowjetregierung von den demo-  
kratischen Regierungen der Weltmächte in nicht zu ferne Zeit  
erkannt werden.

### Eine Entente-Kommission für Litauen.

In Romo traf eine Entente-Kommission, bestehend aus drei  
amerikanischen Offizieren und einem Professor, zum Studium  
der Verhältnisse in Litauen ein. Die Kommission wurde  
von Vertretern der litauischen Regierung am Bahnhof  
empfangen.

### Schmachvolle Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen durch die Polen.

Die deutsche Weissenhof-Kommission hat Kenntnis er-  
halten, daß die Polen deutsche Kriegsgefangene schmachvoll be-  
handeln. Ihre Verhaftung, die zum Teil aus verbor-  
nenem Mordlust besteht, ist gänzlich unzureichend. Die deutschen  
Kriegsgefangenen sind in engen, eisernen unterirdischen  
Räumen untergebracht. Ihre Verpflegung besteht nur aus  
Reisbrot und Holzpflanzens. Sie erhalten keine Decken,  
Schlaf-Eckbetten und Wäscheartikel. Ferner ist auch noch  
die Prügelstrafe für die geringsten Vergehen eingeführt.  
Bei der Gefangenennahme wurde in einem Falle den Deutschen  
ausnahmslos ihr gesamtes Hab und Gut gestohlen.  
Die deutsche Kommission erforderte fernerlich Angaben  
und ersuchte die Entente bei der interalliierten Kommission in  
Warschau nachdrücklich Verwahrung einzulegen und für schnelle  
Wahlfälle bemüht zu sein.

### Erfolge im Osten.

Die Weissenhof-Kommission meldet vom 16. März: Groß-  
Liedon und Friedrichsberg werden besetzt. Die  
von den Bolschewisten in Richtung Schloß abgeführten über  
100 Zivilgefangenen aus Tollen und Tadmum wurden durch  
1000 Zivilisten freigesetzt. In der Operation zur Befreiung  
Lettlands vorausgeschickte eintretende Veränderungen ist  
durch die überaus rasche Aufschlüsselung, insbesondere durch  
die Einrückung der Seetruppen von deutschen U-Booten  
noch klarer veranschaulicht.

Nach der Einnahme Lituaniens ist Klappentum am  
Rigaischen Meerbusen, vier Meilen westlich Angerage, errichtet  
worden. Die Bolschewisten haben sich auf Schloß zurückgezogen.  
Das Zentrum hat seinen Vorrat fortgesetzt und Neuen-  
burg genommen. Durch gemeinsame Operationen der litauischen,  
russischen und baltisch-deutschen Truppen ist eine  
doppelte Frontverengung erfolgt worden.

### Ein russisches Heer gegen Deutschland?

Die „Times“ vernehmen aus Helfingsfors: Die Regierung  
in Moskau hat auf Grund der letzten von den Generälen  
ausgesprochenen, so schnell wie möglich den Plan für ein  
Heer von 150 000 Mann zu entwerfen, das im April  
oder Mai durch Polen und Russland in Deutschland ein-  
dringen soll. Hauptziel dieses Heeres ist die Unter-  
drückung der Spartakisten in Deutschland und  
ferner die 100 000 russischen Kriegsgefangenen, die sich noch  
in Deutschland befinden, für Offensiv- oder Defensiv-Operationen  
kampffähig zu machen. Dieser Plan wird einem angeli-  
schen Major Waid, einem ehemaligen deutschen Kriegsange-  
hörigen, der in Moskau eine große Rolle spielt und sich als Kom-  
munist und Spartakist hervortut, zugeschrieben.

### Die Jarin nicht ermordet?

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Wien meldet, hat  
der aus Petersburg zurückgekehrte schwedische Gesandte mit-  
geteilt, daß die Jarin, deren Tochter und der Jarin-  
wittich noch am Leben sind.

## Die Schuldigen.

### Abrechnungen in der Preussischen Landesversammlung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Adolf Hoffmann forderte am Sonnabend, daß am  
Montag endlich sein Antrag wegen Aufhebung des Be-  
lagerungszustandes und des Standrechts und zur Ein-  
setzung einer Kommission, die die Gravel der Regierungstruppen  
untersuchen soll, verhandelt werde. Am Freitag hat er eine  
Vorbereitung gehalten und dreizehn Stunden mit „Material“  
aufgewartet, das die Spartakisten reichlich und die Regierung  
spärlich samt und besonders zu Verbesserungen machte. Schon da-  
mals hat der Vorkämpfer der Unabhängigen bittere Wahr-  
heiten gesagt, die Höhe des Verschulden der großen Schuldigen  
seien im Vergleich mit dem Verschulden der kleinen Schuldigen  
dargestellt. Gestern nun wurde die

### Mitteilung gegen die Unabhängigen fortgesetzt.

Minister Friedrich und Reichsminister Reinhard folgten  
den Unabhängigen bittere Wahrheiten. Schärer aber ging mit  
ihnen der Möglichkeit der Einigung im Zeug der Zeit-  
schadenmaterial vorwärts, das genügt, wenn die Un-  
abhängigen an der Berliner Unruhe und den Unruhen im  
Reich beteiligt seien und wir unerschrocken und rücksichtslos  
die Parteigänger Adolf Hoffmanns überall, wo sie es vermöchten,  
gewütet hätten. Es gab Äußerungen der Entrüstung auf der Seite  
der Unabhängigen, Äußerungen der Empörung auf der anderen  
Seite des Saales, die noch fröhlicher durchklingen, als mit einer  
geschickten Rede der Demokrat Riedel, Carl-Lorenzenberg nach-  
weise, was die Unabhängigen bei den Berliner Kämpfen, beim  
Berliner Generalstreik, in Halle, Leipzig, im Ruhrgebiet, im  
Düsseldorfer an Schuld auf sich haben lassen.

Für die Herren von Adolf Hoffmann dieser Mann muß jetzt  
wohl der Führer der Unabhängigen in der Landesversammlung  
geworden sein) gab es viele peinliche Momente. Und

### Landesversammler! Bistand! Wörder!

riefen ihnen die Demokraten zu, drohende Faustle erhoben sich  
im ganzen Saale gegen diejenigen, die Spartakus zu Köpfen  
suchten, weil sie ihn zum Warden und Warden bewogen  
haben. Niebels Worte waren für jeden, der Ruhe und Ord-  
nung will, herzerfrischend. Sie verdienen weit bekannt zu werden,  
denn sie werden viele Wunden, die sich durch die Un-  
abhängigen in den Streit treiben lassen, bekehren, weiß freud-  
liches Spiel diese Leute mit ihnen getrieben haben. Der  
Deutschnationale Dr. Kaulemann ist nicht weniger, als  
daß die Deutschnationalen mit den Unabhängigen immer gleich-  
zeitig als Oppositionspartei bekannt würden. Man wolle

mit solchen Worten nicht zu tun haben  
und werde sich stets überlegen, wenn in einer Frage die Un-  
abhängigen opponieren, ob man nicht einen anderen Weg ein-  
schlagen müsse. Mit diesen Worten fühlte niemand zusammen-  
gehen. Große Schuld muß er der Regierung bei, die mit ihren  
Maßnahmen zu spät gekommen sei.

Äußerlich äußerten sich auch die Redner des Zentrums und  
der Deutschen Volkspartei. Von jeder Partei traten zwei Red-  
ner an. Die Frage war viel zu wichtig, als das man sie mit  
einer einfachen Zustimmung abzu tun konnte. Und so geschah  
es denn auch, daß die Debatte die heutige Tagesordnung allein  
ausfüllte und der zweite Punkt abgelehnt werden mußte. Die  
Unabhängigen werden den heutigen Tag nicht vergessen. Und  
das Volk wird, wenn es die Abrechnung in der preussischen  
Landesversammlung liest, endlich einmal volle Klarheit über die  
Partei erhalten, die lieber bei den letzten Wahlen einen Stim-  
menzuwachs gerechnet konnte.

### Das Zentrum bleibt unabhängig.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie  
mir aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, hat bisher  
noch keine Einigung zwischen Zentrum, Demokraten und Sozial-  
demokraten in der preussischen Landesversammlung stattgefunden.  
Aber weil sich in der Kulturfrage (sachliche Volksschule)  
keine Brücke zwischen den Anhängern des Zentrums und den  
anderen Parteien schlagen ließ. Aus diesem Grunde ist jetzt  
denn auch zu rechnen, daß das Zentrum auch darauf verzichtet, sich an  
der Bildung des preussischen Ministeriums zu beteiligen. Dieses  
soll, wie man hört, nur aus Demokraten und Sozialdemokraten  
zusammengesetzt werden. Viele beiden Parteien haben eine  
keine Mehrheit im Saale von etwa zwanzig Stimmen. Das  
Zentrum will unabhängig bleiben, so daß in der preussischen  
Landesversammlung verschiedene Mehrheitsbildungen möglich  
sind. Eine Unterstützung auf die Nationalversammlung dürfte  
unter diesen Umständen sich kaum vermeiden lassen.

Zu den jetzt beginnenden Verhandlungen zwischen den  
Parteien über die Bildung der neuen preussischen  
Regierung legt die „Deutsche Allg. Ztg.“ u. a. die  
Frage der Teilnahme des Zentrums scharf noch immer  
auf große Schwierigkeiten. Die Einwirkung eines nur  
formalen Reichstages erlöste, wenn die Einheitsliste gilt nicht  
als ein der Zentrumsausschließung des Volksschulens gerade  
widerstrebend. Die Zentrumspartei hat sich mit der  
Einheitsliste als solcher abgefunden, will aber davor von  
der Staatsmacht freie Privatinitiative verlangen. Die Mit-  
arbeit des Zentrums wäre im Augenblick zweifellos wertvoll.

### Der Übergang zum Reichstag.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:  
In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Na-  
tionalversammlung ihre Arbeiten etwa Ende April beendet haben  
wird und daß dann etwa Anfang Juni die Wahl des ersten  
deutschen Reichstages erfolgen dürfte. Man sieht jedoch die  
Regierung, die das Wahlgesetz nicht länger Zeit noch ge-  
habt hat, von ihrem bisherigen Standpunkt abgekommen zu  
sein, sobald wieder eine neue Wahl anzusetzen. Und sie findet  
in der Nationalversammlung darin Unterstützung, daß die  
Nationalversammlung sich einfach als deut-  
sche Reichstag erklärt und nach Beendigung seiner  
Arbeiten nach Berlin überführt und hier die Arbeiten aus-  
führt, die dem Reichstag zu tun sind. Man sieht jedoch nicht  
bereits eine Mehrheit für diesen Plan vorhanden zu sein. Man  
ist der Ansicht, daß neue Wahlen doch ein anderes Resultat  
ergeben (???) nur neue Aufregungen schaffen würden, aber doch  
die gleichen Persönlichkeiten wieder in das Parlament ein-  
bringen. Diese Ansicht wird von den Parteien, die nicht der Mehrheit  
angehören, scharf bekämpft, so daß noch nicht feststeht, ob wirklich  
die Nationalversammlung sich einfach als Reichstag erklären  
und nach Berlin überführt werden sollen. Doch scheint die  
Frage bei dem nächsten Zusammenkommen der  
Nationalversammlung in den Vordergrund geschoben zu werden.

## Ludendorff und Scheidemann.

### Eine Auseinandersetzung über den „Sofarbeer“.

Die „Börsen Zeitung“ veröffentlicht einen interessanten  
Briefwechsel zwischen dem General Ludendorff und dem  
Ministerpräsidenten Scheidemann über die Beziehung Ludendorffs  
auf die Regierung Scheidemanns, Ludendorff sei ein „Sofar-  
beer“, geföhrt worden ist.

In einem Briefe vom 28. Februar 1919 an Scheidemann  
schreibt Ludendorff: „Euer Excellenz haben als Hofarbeer  
einen Mann bezeichnet, der alles auf eine Karte legt, ohne die  
Folgen zu bedenken, die ein Verhängen dieser Karte nach sich zieht.  
Ein solcher Hofarbeer ist ich gewesen. Ich muß gegen diese  
Missfassung bestimmt Einspruch erheben.“ Ludendorff fährt  
fort: „Zur Befestigung Ihrer Auffassung erlaube ich  
Eurem Excellenz, es habe ich am 1. Oktober  
1918 geäußert habe: „Ich komme mir vor wie ein Hofar-  
spieler.“ Darauf habe ich zu erwidern: „Ich habe damals Ver-  
treter der Regierung gegenüber unsere militärische Lage dar-  
gelegt, die mich veranlaßte, die Reichsleitung um Ein-  
setzung von Weissenhof, Friedens-  
kommissionen zu ersuchen. In diesem Zusammen-  
hang habe ich gesagt: „Ich komme mir vor wie ein Hofar-  
spieler vor, wenn ich jetzt nicht auf Vermeidung  
des Krieges dränge.“ Ich mag auch gesagt haben: „Ich  
komme mir wie ein Hofarspieler vor, darum bringe ich auf die  
Einleitung der Verhandlungen.“ Jedemfalls war der klare Sinn  
meiner Worte immer der: „Ich will nicht Hofar-  
spieler sein, will nicht alles auf eine Karte setzen, das ist  
meine ideologische Auffassung zu sein.“ Ludendorff schließt mit  
der Aufforderung: „Ich ersuche Sie, mich gegen die  
Satzung des Hofarspielers für sein Wollen und Handeln ein-  
zusetzen.“ Ministerpräsident Scheidemann erwiderte am 5. März  
u. a.: „Ein eingehendes Bild der Haltung Euer Excellenz in der  
Weissenhof-Frage wird sich aus den Dokumenten ergeben,  
welche die Reichsregierung im März veröffentlicht wird. Der  
Mund Euer Excellenz, vor einem Staatsanwalter für Ihr  
Wollen und Handeln einzusetzen, könnte erst erfüllt werden,  
wenn die entsprechende Verurteilung und damit auch der in ihr  
vorgesehene Staatsgerichtshof beschloßen worden  
wird.“ Darauf antwortete Ludendorff in einem hier  
ausführlichen Briefe vom 12. März. Er führte aus, daß  
Scheidemann an der Tatsache vorbeigehe, daß  
seine, Ludendorffs Verurteilung über den Hofarspieler genau in  
das Gegenteil verurteilt worden ist. Damit gibt Ludendorff  
eine eingehende Darstellung seiner Stellung zu den Weissenhof-  
Forderungen. Er bemerkt, daß er auf sofortige Herausgabe  
des Friedensangebotes erst gedrängt habe, als er erkennen  
mußte, daß der von ihm angesehene Herr nicht innewohnten  
wurde. Dann laßt Ludendorff: „Da Euer Excellenz der Re-  
gistrierung am 17. Oktober beizugehen haben, dürfen Euer  
Excellenz hoffen, daß ich nicht geäußert habe: „Die deutsche  
Front habe besser gehalten, als ich gedacht  
habe.“ — Ludendorff erklärt dann: „Euer Excellenz müßte  
es schließlich auch bekannt sein, daß ich am 17. Oktober den Ab-  
bruch der Verhandlungen überhaupt nicht geahnt, sondern im  
Geistlichen Mühe und har verlagert habe. Nicht abbrechen mit  
Willingen, wir werden sehen müssen, wenn es möglich ist, Ver-  
handlungen zu kommen, aber keine Verhandlungen, die uns wehr-  
los machen, keine Preisgabe des Reichsgebietes.“ Ich fasse zu-  
ammen: „Die Anforderung des Weissenhofes war schwer,  
noch schwerer war seine Unterzeichnung, aber am schwersten war  
die Tatsache, daß die Reichsleitung den von uns vorgelegenen  
und in der Reichstagsrede des Hrn. von Baben am  
5. Oktober veröffentlichten Weg verlassen hat.“ Ludendorff schließt  
mit der Versicherung, daß seine Anwesenheit in der Weissenhof-  
Forderung ein vollständiges Bild seines Handelns abgeben werden.

Ministerpräsident Scheidemann antwortet dem „Vorwärts“  
folgende Erklärung: „Aus der Presse erziehe ich, daß der General  
Ludendorff am 13. März wieder einen Brief an mich geschrieben haben  
soll.“ Er teilt auch die Handhabung des Briefes mit, indem er  
sagt: „Ich habe den Brief — zu verzeihen — eine nachmalige An-  
wort meinerseits erwidert, nachdem ich dem Herrn General bereits  
am 5. März mitgeteilt habe, daß die Regierung demnach eine  
Sammlung von Dokumenten herausgibt, durch die die Haltung des  
Hrn. Ludendorff vollkommen klar werden wird.“ Scheidemann  
schließt mit dem Hinweis, daß die „Allg. Ztg.“ sich in die Haltung des  
Ministerpräsidenten nicht, ist in der Stellung des Ministers eben-  
mäßig wichtig wie der Persönlichkeit des Empfängers.

### Scheidemanns Antwort.

Das Weissenhof-Bureau hat sich an Herrn von Scheidemann  
Schulman um die Bitte gewandt um nähere Auskunft über die  
Mittelungen des Prof. Schulman und von ihm folgende Ant-  
wort erhalten:

Auf den von Herrn Professor Schulman bekehrten Weg  
der Indiscretion wird zu bestehen, ist mir, wie Sie verstehen  
werden, nicht möglich. Die Weissenhof, die Herrn Professor  
Schulman im Vertrauen auf seine Verbindlichkeit geworden  
ist, um nicht einen kleinen, als allerdings wichtigen Teil  
(?) der diplomatischen Vertretung. Der Herr Professor  
ist in der Beziehung, daß dem Kaiser irgendwelche für die  
Kommunikation der internationalen Verbindlichkeit wissenschaftliche  
oder technischen Vorkenntnisse vorzulegen wären. In meinen  
Porträgen und in den Verträgen des Staatssekretärs des  
Auswärtigen Amtes ist dem Kaiser die Lage fast so geschildert  
worden, wie sie sich nach dem Ergebnis des gesamten Materials  
mit Einfluß abnehmer Verträge darstellte (H). Der Kaiser ist  
in seinem Zeitpunkt über die Gefahren der gegenwärtigen Anliege  
im Zweifel geblieben und vor wenig von dem von Jahr  
zu Jahr zu nehmenden Ernst der Lage tief durchdrungen. Doch  
mit persönlich der Hand zur Schlichterei fern, brachte ich  
sich zum betonen. Wenn Herr Professor Schulman die Zu-  
lassung der Nachrichten als unverantwortlich betrachtet, ist  
überflüssig, er daß unpassend um die gleiche Zeit ein besonders  
effizientes Mittel der gegenwärtigen Konstellation, der Präsident  
Polen, auf See war (H). Wie ein Gebrauch der Geheim-  
nisse England gegenüber in den Jahren 1911 und 12 den Welt-  
krieg hätte verhindern können, läßt sich nicht sagen. Herr Professor  
Schulman, der von der Weltzeit der Beziehungen innerhalb  
der Entente ein klares Bild hatte, müßte wissen, daß jeder  
Sprunghaft nur das Ergebnis weiterer Festlegung gehabt (H)  
haben würde. Er sieht sich zu überlegen, daß 1911 das Jahr  
der Völkerverträge und 1912 das Jahr des Greco-Tambou-  
rischen Vertriebes gewesen ist.

Ein edler Weissenhof. Schulmaniana Schulman, der  
Kaiser hat von den Ergebnissen der englisch-russischen Korre-  
spondenz keine Kenntnis erhalten, wird nicht in die Kritik  
es wird aber zu dem Zweck, daß es überflüssig ist, als sei  
Scheidemann im Unrecht. Das alte Weissenhof-Bureau a. d. Weis-  
samm, dessen tägliche Früchte uns loben solltet werden!

### Sein neuer Generalstabschef in Mitteldeutschland.

Der Nationsansatz für den Generalstabschef in Mittel-  
deutschland in Halle hat nach einer Meldung der „A. N.“ er-









